



## Geschäftsleitung der SVP Uri

Fabio Affentranger  
Wegmatt 17, 6460 Altdorf  
praesident@svpuri.ch; 079 241 87 21

12. Mai 2021

---

### Pressemitteilung der Geschäftsleitung der SVP Uri

#### **SVP Uri Mitglieder fassen die Parole zu den Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 2021**

Zum ersten Mal in der Vereinsgeschichte der SVP Uri fassten die SVP-Mitglieder die Parole in schriftlicher Form. Insgesamt nutzten 59 (!) treue Vereinsmitglieder dieses Recht. Die Geschäftsleitung ist bestrebt, die nächste Versammlung wieder in physischer Form durchzuführen. Die Demokratie setzt voraus, dass Menschen zusammenkommen und diskutieren. Wir brauchen dringend wieder die Möglichkeit, um über politische Geschäfte mit der Bevölkerung zu debattieren.

#### **2x Nein zu den extremen Agrar-Initiativen**

Um ausreichende Ernteerträge in geforderter Qualität gewährleisten zu können, ist die Landwirtschaft darauf angewiesen, dass sie Gemüse- und Obstkulturen mit von den Behörden bewilligten Mitteln behandeln können. Bereits heute kommen immer öfters biologische Mittel zum Einsatz. Des Weiteren verfügt nicht jeder Betrieb über ausreichend ackerfähige Fläche, um ihren Tierbestand nur mit betriebseigenem Futter zu ernähren. Die Konsumenten können bei Annahme der Initiative nur noch Bioprodukte pflanzlicher Herkunft kaufen und die Essenskosten würden sich folglich stark erhöhen. Die Gefahr einer schlechteren Produktqualität und -haltbarkeit wären weitere Folgen. Ob sich das Einfuhrverbot aufgrund unserer internationalen Verpflichtungen überhaupt durchsetzen liess, ist unklar.

#### **Nein zum CO2-Gesetz**

Das Gesetz ist teuer, weil das CO2-Gesetz Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter verteuert, die Abgabe auf Heizöl und Gas mehr als verdoppelt und eine Flugticketabgabe von bis zu 120 Franken einführt. Das Gesetz ist nutzlos, weil die Schweiz nur für 0,1 Prozent aller Treibhausgase weltweit verantwortlich ist. Und das Gesetz ist ungerecht, weil mit dem CO2-Gesetz vor allem Pendler, Menschen in Randregionen, landwirtschaftliche Familien, Mieter mit geringem Einkommen, junge Menschen mit kleinem Budget und das einfache Gewerbe massiv belastet werden.

#### **Ja zum Anti-Terror-Gesetz**

Dass die Polizei in Zukunft den Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, mehr Möglichkeit erhält, wird unterstützt. Vor allem, weil die neuen Massnahmen nur dann eingesetzt werden können, wenn von einer Person eine Gefahr ausgeht, die Hinweise jedoch nicht zur Eröffnung eines Strafverfahrens ausreichen.

#### **Covid-19-Gesetz wird abgelehnt**

Die Behörden erhalten mit der Wahlempfehlung der SVP Uri eine klare Botschaft: Sie können nicht mehr nach Gutdünken walten. Das Covid-Gesetz entrechtet die Bevölkerung und muss deshalb abgelehnt werden. Die Finanzhilfen laufen auch nach einem Nein bis zum 25. September 2021 weiter. Für die Zeit danach kann das Parlament die Entschädigung in ein separates Gesetz überführen oder durch Bundesbeschlüsse sicherstellen. Menschen und Firmen geraten wegen der Pandemiewillkür in grosser Not. Statt für den verursachten Schaden aufzukommen, schnürten die Politiker dieses Gesetz, mit dem die Entschädigungen an schädliche Massnahmen binden.

#### **Ja zum Kreditbeschluss für die Anschubfinanzierung der neuen Wäscherei SBU**

Mit dieser Finanzierung kann das lobenswerte Projekt lanciert werden, damit bis zu 20 neue Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigung entstehen. Es ist ein beispielhaftes Projekt mit grossem Nutzen.